Sitzung des Stadtrates

am

22.01.2015

im Sitzungssaal des Rathauses

Vorsitzender:

Erster Bürgermeister Dr. Tobias Windhorst

Stadträte (stimmberechtigt):

StR Daniel Blaschke

StRin Marion Demberger

StRin Brigitte Gruber

(außer Top 10)

StR Stefan Grünfelder

StR Bastian Höcketstaller

StR Dr. Martin Huber

(bis einschl. Top 9)

StRin Kathrin Hummelsberger

StR Christoph Joachimbauer

StR Karl Kaiser

StR Marcus Köhler

2. Bürgermeisterin Renate Kreitmeier

StR Josef Neuberger

StRin Birgit Noske

StR Christian Ortmeier

StR Gerhard Pfrombeck

StRin Angelika Tönshoff

StR Alexander Wittmann

3. Bürgermeister Günter Zellner

Gäste:

Herren v. Berg, Sandforth und Drott

(WWA Rosenheim)

(Top 1)

Herr Klemm

(WWA Traunstein)

(Top 1)

Herren Dr. Müller und Dr. Schuhbeck

(LRA Altötting)

(Top 1)

Herr Behringer jun.

(Ing.-Büro Behringer)

(Top 1)

Herr Dr. Brand

(ing Ingenieure GmbH)

(Top 3)

Von der Verwaltung:

Christian Kammerbauer

(Top 1)

Bernd Lehner

(Top 1)

Niederschriftführer/in:

Werner Huber

Gerda Löffelmann

Sebastian Straßer

Entschuldigt fehlen

Stadträte (stimmberechtigt):

StR Werner Noske

StR Markus Staller

Sitzungsbeginn:

17:00 Uhr

Sitzungsende:

20:45 Uhr

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war gegeben.

Inhalt

Öffentlicher Teil

1. Zukunft der Töginger Trinkwasserversorgung
Vorstellung des aktuellen Sachstandes
2. Töginger Volksfest 2015
3. 11. Änderung des Flächennutzungsplanes
Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung sowie Satzungsbeschluss
4. Bestätigung der gewählten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Tögging a. Inn
5. Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 18.12.2014 und des Bauausschusses vom 07.01.2015
6. Nachtrag
Aufstellungs-, Billigungs- und Auslegungsbeschluss der Einbeziehungssatzung "Dornbergstraße"
7. Bürgerfragestunde
- 7.1. Sebastian Pfaffenhuber zur Trinkwasserversorgung
- 7.2. Bauer Hans-Werner "Antragstellung auf Tiefbrunnenbau"
8. Berichte aus den Referaten (entfällt)
9. Wünsche, Anregungen und Informationen
- 9.1. Rücktrittsgesuch des Stadtratsmitgliedes Bastian Höcketstaller
- 9.2. Städtische Kindertagesstätte „Löwenzahn“
- 9.3. Sachstand zum Neubau eines Pfarrheimes
- 9.4. Silvesterveranstaltung am Rathausplatz
- 9.5. Informationen zum Bürgerbegehren über die Trägerschaft der Kindertagesstätte Löwenzahn

Nicht öffentlicher Teil

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:1 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 19

Zukunft der Töginger Trinkwasserversorgung Vorstellung des aktuellen Sachstandes

Erster Bürgermeister Dr. Windhorst stellt anhand einer Präsentation die aktuelle Lage zur Zukunft der Töginger Trinkwasserversorgung vor (siehe Anlage).

Herr Sandforth vom Wasserwirtschaftsamt Rosenheim ergänzt, dass durch den Bau des Netto-Logistikzentrums das Maß der Schutzgebietsgefährdungen mittlerweile überschritten ist und das Schutzgebiet als solches im Ergebnis nach seiner Einschätzung nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Ein erweitertes Schutzgebiet würde bei einer Neuberechnung, die bei Genehmigungen von neuen Brunnen im eigenen Wasserschutzgebiet zwingend erforderlich wäre, über die A 94 und Isen bis ins Hügelland reichen. In Bezug auf die Alternative „Anschluss an die Mettenheimer Gruppe“ verweist er auf die seit Jahrzehnten sinkenden Grundwasserspiegel bei den Zuflussbereichen im Mühldorfer Hart.

In der darauffolgenden Diskussion wird von einigen Stadträten bedauert, dass nach aktueller Gesetzeslage die Möglichkeit ausgeschlossen ist, eine Genehmigung für die Erschließung von Tiefenwasser im eigenen Wasserschutzgebiet zu erhalten.

Weiter wird erwähnt, dass die Sachlage durch das Angebot der Wasserversorgung Alt-/Neuötting, welche bis 2014 einen Anschluss von Seiten Tögings noch abgelehnt hatte, eine andere ist, als noch 2010 und dadurch jetzt eine tatsächlich umsetzbare Alternative zur eigenen Gewinnung besteht. Herr Dr. Müller vom LRA Altötting erklärt hierzu, dass nicht nur der Grundsatzbeschluss des Landtags aus 1994 Entscheidungsgrundlage für die Genehmigung eines Tiefbrunnens ist, sondern mittlerweile auch das LEP (Landesentwicklungsprogramm) dies als Leitsatz beinhaltet; daher sei die Genehmigung eines Tiefbrunnens in Töging ausgeschlossen.

Auf die Frage nach der PFOA-Belastung der Flachbrunnen im Öttinger Forst erklärt Herr Klemm vom WWA Traunstein, dass diese derzeit eine Belastung von 0,1 Mikrogramm/Liter aufweisen und den Leitwert von 0,3 deutlich unterschreiten. Da das geförderte quartäre Wasser mit tertiärem Wasser vor Netzeinspeisung gemischt wird, ist die Belastung zu vernachlässigen.

Einige Stadträte sehen die Entwicklungen im Töginger Wasserschutzgebiet hinsichtlich der Genehmigungen von Bauvorhaben im Töginger Wasserschutzgebiet durch die Behörden als befremdlich an und erklären hierzu, dass hier wohl die wirtschaftliche Entwicklung vor Grundwasserschutz gesetzt werde. Herr Sandforth vom WWA Rosenheim erläutert hierzu, dass sie als Fachbehörde eine ablehnende Stellungnahme zu Genehmigungen, etwa des netto-Logistikzentrums, abgegeben haben, dies aber durch das LRA Mühldorf im Ergebnis anders abgewogen worden sei.

Es wird auch die Meinung geäußert, dass eine Erhöhung der Nitratbelastung nicht so gravierend sei.

Hierzu erläutert Herr Dr. Schuhbeck vom Gesundheitsamt Altötting, dass bei einer Überschreitung des Grenzwertes von 50 mg/l das Wasser nicht mehr für Babys und Kleinkinder verwendet werden dürfe. Weiter führe dies dauerhaft zu einem hohen Gesundheitsrisiko. Herr Klemm ergänzt, dass die Nitratbelastung in Altötting im Brunnen I aktuell bei 35 mg/l und im Brunnen II bei 16 mg/l liege und somit weiter unter den Töginger Werten. Es lägen auch keinerlei mikrobiologische Befunde vor. Der Bodenaufbau sei ähnlich wie in Töging, die Zuflussbereiche befinden sich aber größtenteils im Staatsforst. Die Tiefbrunnen seien völlig nitratfrei.

StR Neuberger vertritt die Meinung, dass zunächst einmal mittelfristig an der bestehenden Anlage festgehalten werden solle, andererseits aber auch Vorbereitungen für einen Anschluss an Altötting getroffen werden sollten, da der Anschluss an Alt-/Neuötting durch den Bau der Leitung eine Erhöhung des Wasserpreises von mind. 0,60 €/m³ zur Folge haben werde.

Es wird nochmals die Anschlussmöglichkeit an den Zweckverband Mettenheimer Gruppe angesprochen, da diese finanziell günstiger wäre. Hierzu wird erwähnt, dass dies aus wasserrechtlicher Sicht jedoch problembehaftet ist (siehe Präsentation); außerdem wird ein Anschluss durch den Zweckverband abgelehnt.

Weiter wird nachgefragt, wann denn nun das mathematische Strömungsmodell durch das Büro Schuler fertiggestellt werde, welches nun schon seit Jahren in der Erstellung ist. Herr von Berg vom WWA Rosenheim erläutert hierzu, dass ein Großteil der gutachterlichen Feststellungen manifestiert sei, jedoch noch in einzelnen Details die Ausarbeitung fehle, so dass eine Veröffentlichung noch auf sich warten lasse.

Dritter Bürgermeister Zellner bekundet, dass der Notverbund nach Mühldorf in so ausreichender Dimension gebaut werden muss, dass im Bedarfsfall eine Vollversorgung der Stadt Töging a. Inn möglich ist.

Erster Bürgermeister Dr. Windhorst erklärt abschließend, dass ein Grundsatzbeschluss vorbereitet wird, der einen Anschluss an die Wasserversorgung Alt-/Neuötting vorsieht.

Diese Informationen dienen zur Kenntnis.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:2 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 19

Töginger Volksfest 2015

Erster Bürgermeister Dr. Windhorst informiert die Mitglieder des Stadtrates über den aktuellen Stand bezüglich eines Volksfestplatzes:

Bereits seit dem Jahr 2011 ist klar, dass Töging a. Inn einen neuen Volksfestplatz braucht; seit vier Jahren wird gesucht. Die Suche war in den letzten Jahren bekanntlich im Ergebnis erfolglos, vor allem aus drei Gründen:

- Mangels Geeignetheit
- Wegen fehlender Bereitschaft von Grundstückseigentümern, einen Platz zur Verfügung zu stellen
- Wegen Anwohnerprotesten

Nunmehr stünde ein Platz zur Verfügung in Feichten am Ende der Wohnbebauung. Dieser Platz ist auch nicht ideal. Problematisch ist hier die Belastung der naheliegenden Grundstücke, v. a. durch Lärm. Daher fand letzte Woche eine Anliegerversammlung statt, um den Anliegern die Pläne der Stadt vorzustellen. Diese Veranstaltung war mit ca. 50 Anwohnern gut besucht. Auch zahlreiche Stadträte waren anwesend. Die Hoffnung war, dass die betroffenen Anlieger die Belastungen durch ein Volksfest, insbesondere durch den von diesem ausgehenden Lärm, bereit sind zu tolerieren, zumal es sich ja nur um wenige Tage und an diesen auch nur um wenige Stunden handelt.

Die Anwohnerversammlung letzte Woche hat gezeigt, dass das leider nicht der Fall ist. Es ist von einem Teil der Anwohner auch bereits angekündigt worden, dass der Klageweg beschritten werden wird. Das erste Anwaltsschreiben hat die Stadt gestern schon erreicht mit dem Hinweis, dass ein Volksfest 2015 in Feichten „nicht akzeptiert“ werden wird.

Die Lärmschutzvorgaben sind bekanntlich streng, und klar ist auch, das Risiko einer rechtlichen Auseinandersetzung ist sehr hoch, weil die Wohnbebauung sehr nah ist. Die Stadt kann nicht sehenden Auges in eine erwartbare juristische Niederlage gehen. Außerdem dürfte es nicht der richtige Weg sein, einen Platz gegen massiven Anwohnerwiderstand durchzudrücken.

Auch andere, bereits in der Öffentlichkeit diskutierten Plätze, wurden in der Vergangenheit geprüft und für nicht tauglich empfunden.

Die Verwaltung muss daher festhalten:

Die Neuausweisung eines innerstädtischen Volksfestplatzes in der Nähe von Wohnbebauung gegen den Widerstand von Anwohnern ist äußerst schwierig und kaum machbar. Ggf. mögliche Plätze stehen nicht zur Verfügung, weil Grundstückseigentümer Flächen für einen Volksfestplatz nicht zur Verfügung stellen wollen.

Erster Bürgermeister Dr. Windhorst dankt den Anliegern am Harter Weg, die das Volksfest in den letzten Jahrzehnten dort akzeptiert haben.

Als Ausblick stellt Erster Bürgermeister Dr. Windhorst fest, dass der Stadtrat den Mut haben sollte, zu sagen, dass es ein Volksfest in Töging a. Inn im herkömmlichen Sinn wohl derzeit nicht mehr geben wird. Ein Volksfest „auf Teufel komm raus“, nur damit überhaupt eines stattfindet, und mag es auch noch so ungünstig gelegen sein, wird von ihm als falsch angesehen.

Der Stadtrat muss neu überlegen, andere Veranstaltungsformen zu suchen – es muss ja nicht immer ein Bierzelt und ein Autoscooter sein. Neue Ideen sind gefragt.

Es sind alle aufgefordert (v. a. der StR), sich hier mit einzubringen.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen diese Ausführungen zur Kenntnis.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:3 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja 19 Nein 0 Anwesend waren: 19

11. Änderung des Flächennutzungsplanes Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung sowie Satzungsbeschluss

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 24.07.2014 die 11. Flächennutzungsplanänderung beschlossen und den Planentwurf gebilligt sowie den Auslegungsbeschluss für die frühzeitige Beteiligung gefasst.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 wurde am 06.08.2014 öffentlich bekannt gemacht. Der Öffentlichkeit wurde vom 14.08.2014 bis 15.09.2014 Zeit gegeben Äußerungen zum Bauleitplanverfahren abzugeben. Weiter hat der Stadtrat in der Sitzung vom 16.10.2014 die Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung über die 11. Flächennutzungsplanänderung abgewogen und die formelle Auslegung nach § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen, welche im Zeitraum vom 15.12.2014 bis 16.01.2015 vollzogen wurde. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom 03.12.2014 ebenfalls bis zum 16.01.2015 Zeit gegeben sich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Bauleitplanverfahren zu äußern.

Die eingegangenen Stellungnahmen werden folgendermaßen abgewogen:

Regierung von Oberbayern als höhere Landesplanungsbehörde, Stellungnahme vom 11.12.2014

Die Bauleitplanung steht den Erfordernissen der Raumordnung nicht entgegen.

Strotög

Es sind keine Belange berührt.

Kreisbranddirektion Landkreis Altötting, Stellungnahme vom 10.12.2014

Keine Einwendungen

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Töging a. Inn

- Bereich Landwirtschaft
keine Einwendungen

- Bereich Forsten

Das nördliche der beiden Grundstücke (F-Nr. 674/1) ist bereits seit längerer Zeit (Luftbild 1982) mit einem geschlossenen Bestand aus Waldbäumen bestockt. Aufgrund der geringen Ausdehnung kommt dem Grundstück alleine jedoch keine walddrechtliche Waldeigenschaft zu. Diese könnte es allenfalls zusammen mit einem Wald auf dem angrenzenden Grundstück (Fl.Nr 674/2) erlangen. Auf dem Grundstück Fl.Nr 674/2 hat sich jedoch erst in jüngerer Zeit (nach Aufgabe der gärtnerischen Nutzung 1996) nach und nach Gehölzaufwuchs eingestellt. Solange die aufwachsenden Jungbäume noch keinen geschlossenen Bestand bilden, ist der Gehölzwuchs jedoch walddrechtlich noch nicht als Wald und seine Beseitigung nicht als Beseitigung von Wald zu bewerten. Die erfolgte

Beseitigung von spontan aufgekommenem Gehölzaufwuchs auf dem Grundstück Fl.Nr 674/2 ist deshalb waldrechtlich nicht zu beanstanden.

Da somit auf dem Grundstück Fl.Nr 674/2 bisher kein Wald entstanden ist, kommt auch dem flächenmäßig zu kleinen Baumbestand auf dem Grundstück 674/1 weiterhin keine Waldeigenschaft zu.

Im Ergebnis liegt somit im Plangebiet kein Wald im waldgesetzlichen Sinn vor. Von Seiten der Forstbehörde steht dem Vorhaben nichts entgegen.

LRA Altötting, Stellungnahme vom 12.01.2015

- SG 52 (Hochbau): keine weitere Äußerung
- Immissionsschutzgesetz: siehe Stellungnahme vom 11.09.2014
(*Das Vorhaben liegt im Ortszentrum am Rande eines Mischgebietes. Bei einer Wohnbebauung sind Einwirkungen durch den Straßenverkehr und durch Glockenschläge zu erwarten.*
Rechtsgrundlagen: §§ 1, 2, 50 BImSchG)

Beschlussvorschlag: *Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes berücksichtigt.*

- Naturschutzfachliche Stellungnahme:

Aus naturschutzfachlicher Sicht wird die Abwägung unter den unter Punkt 3 der Begründung zum Umweltbericht geplanten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und Ausgleich akzeptiert.

Sind auf Grund der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen oder Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 des BauGB Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten, ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des BauGB zu entscheiden (§ 21 Abs. 1 BNatSchG). Nach § 1a Abs. 2 Nr. 2 BauGB ist die Eingriffsregelung mit ihren Elementen Vermeidung und Ausgleich im Bauleitplanverfahren in der Abwägung nach § 1 Abs. 6 BauGB zu berücksichtigen. Dies bedeutet, dass für die geplante Änderung entsprechend dem Leitfaden Ausgleichsflächen als „Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ festgesetzt werden müssen. Die Fläche ist im Zuge der Eingriffsregelung zu bewerten und auszugleichen.

Die Vorschriften zum Schutz der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensstätten und Biotope sind einzuhalten (§§ 37 ff BNatSchG). Im Rahmen der sog. speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) ist zu klären, ob und in welchem Umfang die Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG erfüllt sind.

Es ist nicht von vorneherein auszuschließen, dass geschützte Arten und Lebensstätten vom Vorhaben nicht betroffen sind.

Eine saP ist erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eingriffsregelung und Artenschutzrecht werden bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes berücksichtigt.

Der Stadtrat nimmt den Abwägungsvorschlag der Verwaltung einstimmig an.

Der Stadtrat beschließt die 11. Flächennutzungsplanänderung unter der Berücksichtigung der Abwägungen einstimmig.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:4 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja 19 Nein 0 Anwesend waren: 19

Bestätigung der gewählten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Töging a. Inn

Bei der Kommandantenwahl der Freiwilligen Feuerwehr Töging a. Inn am 06. Januar 2015 im Gasthaus Springer wurden neu gewählt:

- Herr Thomas Weggartner zum 1. Kommandant und
- Herr Markus Rietschl zum Stellvertreter des Kommandanten

Gemäß Art. 8 Abs. 4 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes sind die gewählten Kommandanten von der Stadt im Benehmen mit dem Kreisbrandrat zu bestätigen. Die Bestätigung ist zu versagen, wenn die Gewählten fachlich, gesundheitlich oder aus sonstigen wichtigen Gründen ungeeignet wären.

Das für die Bestätigung der Kommandanten erforderliche Einvernehmen des Kreisbrandrates wurde mit Schreiben vom 08. Januar 2015 hergestellt.

Die Wahl gilt für die Dauer von 6 Jahren, also bis zur entsprechenden Neuwahl voraussichtlich am 06.01.2021.

Seitens des Stadtrates werden gegen die beiden gewählten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Töging a. Inn keine Einwendungen erhoben. Sowohl der 1. Kommandant, Thomas Weggartner, als auch dessen Stellvertreter, Markus Rietschl, werden einstimmig bestätigt.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:5 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja 19 Nein 0 Anwesend waren: 19

Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 18.12.2014 und des Bauausschusses vom 07.01.2015

Den Mitgliedern des Stadtrates wurden die Niederschriften zu den öffentlichen Tagesordnungspunkten der vorgenannten Sitzungen bereits übermittelt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Niederschriften über die Sitzungen des Stadtrates vom 18.12.2014 sowie des Bauausschusses vom 07.01.2015.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:6 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja 19 Nein 0 Anwesend waren: 19

Nachtrag

Aufstellungs-, Billigungs- und Auslegungsbeschluss der Einbeziehungssatzung "Dornbergstraße"

Die Verwaltung schlägt vor eine Einbeziehungssatzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB für die Grundstücke östlich und westlich der Dornbergstraße (ausgehend vom Brunnenweg im Norden bis zum Harter Weg im Süden, für die Gebäude westlich der Dornbergstraße und nördlich des Harter Wegs (Harter Weg 58 – 66) sowie für den neu zu errichtenden Tiefbehälter westlich der Dornbergstraße und südlich des Brunnenwegs (hinter Dornbergstraße 27) aufzustellen.

Durch die Einbeziehungssatzung ist für diese Grundstücke die Zugehörigkeit zum bebauten Innenbereich festgelegt. Bauvorhaben beurteilen sich also nach § 34 BauGB. Mit der Satzung werden einzelne Außenbereichsflächen in die im Zusammenhang bebauten Ortsteile einbezogen, wenn die einbezogenen Flächen durch die bauliche Nutzung des angrenzenden Bereichs entsprechend geprägt sind.

In dem Verfahren zur Aufstellung sind die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens anzuwenden. Es kann also von einer frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung abgesehen werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Einbeziehungssatzung „Dornbergstraße“ aufzustellen, den Planentwurf zu billigen und mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit fortzufahren und somit auf eine frühzeitige Unterrichtung und Erörterung zu verzichten.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:7.1 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 19

Bürgerfragestunde
Sebastian Pfaffenhuber zur Trinkwasserversorgung

Herr Sebastian Pfaffenhuber erwähnt, dass er im Jahre 1989 eine Bürgerinitiative für hochwertiges Trinkwasser eingeleitet hatte und befürwortet den Bezug von Trinkwasser aus Alt-/Neuötting. Hierzu stellt er die Frage, wann diese Wassergewinnung die Erlaubnis zum Bau eines Tiefbrunnens erhalten habe und ob der Betrieb dieser zeitlich beschränkt ist.

Stadtrat Dr. Huber erklärt hierzu, dass die Genehmigung zum Bau eines Tiefbrunnens vor 1994 erteilt wurde, da seit diesem Jahr keine weiteren Genehmigungen zur Tiefenwasserentnahme auf Grund des Grundsatzbeschlusses des bayerischen Landtags erteilt werden (sofern eine Alternative zur Wassergewinnung besteht).

Herr Pfaffenhuber erwähnt weiter, dass die Trinkwasserqualität von Alt-/Neuötting sehr gut sei, da diese unbelastet ist und zudem einen deutlich niedrigeren Kaltgehalt von 12° statt in Töging 24° deutscher Härte besitzt.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen diese Ausführungen zur Kenntnis.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:7.2 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 19

Bürgerfragestunde
Bauer Hans-Werner "Antragstellung auf Tiefbrunnenbau"

Herr Hans-Werner Bauer regt an, dass die Stadt Töging a. Inn bei den zuständigen Behörden einen Antrag auf Erschließung von Tiefenwasser stellen soll.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen diese Ausführungen zur Kenntnis.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:8 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 19

Berichte aus den Referaten

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:9.1 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 19

Wünsche, Anregungen und Informationen
Rücktrittsgesuch des Stadtratsmitgliedes Bastian Höcketstaller

StR Höcketstaller gibt bekannt, dass er aus persönlichen Gründen aus dem Stadtrat ausscheiden möchte. Das Rücktrittsgesuch liegt diesem Protokoll als Anlage bei.

Der Stadtrat wird in seiner nächsten Sitzung über den Antrag entscheiden.

Dies dient den Mitgliedern des Stadtrates zur Kenntnis.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:9.2 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 19

**Wünsche, Anregungen und Informationen
Städtische Kindertagesstätte „Löwenzahn“**

3. Bürgermeister Zellner dankt Erstem Bürgermeister Dr. Windhorst, dass dieser an der letzten öffentlichen SPD-Veranstaltung teilgenommen hat. Thema dieser Veranstaltung war der mögliche Trägerwechsel bei der städtischen Kindertagesstätte „Löwenzahn“. Gleichzeitig fordert er Ersten Bürgermeister Dr. Windhorst auf, er solle richtig stellen, dass man sich durch einen Trägerwechsel nicht 500.000 € Personalkosten sparen kann. Dies war in der Presse so dargestellt.

Erster Bürgermeister Dr. Windhorst erklärt hierzu, der schriftliche Bericht im Alt-Neuöttinger Anzeiger sei richtig gewesen.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen diese Ausführungen zur Kenntnis.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:9.3 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 19

**Wünsche, Anregungen und Informationen
Sachstand zum Neubau eines Pfarrheimes**

3. Bürgermeister Zellner bezieht sich auf eine frühere Anfrage von Stadtpfarrer Lang über einen möglichen Grunderwerb von der Stadt Töging a. Inn für einen Neubau eines Pfarrheimes neben der Pfarrkirche St. Johann Baptist. Er möchte über den derzeitigen Sachstand informiert werden.

Erster Bürgermeister Dr. Windhorst erklärt, dass dazu bereits ein Gespräch mit Vertretern der Kirche stattgefunden hat und diese der Stadt ein Konzept frühestens im März 2015 vorlegen werden.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen diese Ausführungen zur Kenntnis.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:9.4 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 19

**Wünsche, Anregungen und Informationen
Silvesterveranstaltung am Rathausplatz**

3. Bürgermeister Zellner informiert die Mitglieder des Stadtrates, dass er an Silvester 2014 in Altötting war und dort viele Töginger getroffen hat. Er regt daher an, in diesem Jahr auf dem Rathausplatz selbst etwas anzubieten. Zusammen mit der Kulturreferentin sollte ein Konzept entwickelt werden.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen diese Ausführungen zur Kenntnis.

SITZUNG DES STADTRATES
DER STADT TÖGING A. INN AM 22.01.2015

Alle 21 Stadtratsmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.
Beschluss Nr.:9.5 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 19

**Wünsche, Anregungen und Informationen
Informationen zum Bürgerbegehren über die Trägerschaft der Kindertagesstätte Löwenzahn**

Am 21.01.2015 wurde im Rathaus die Unterschriftenliste für den Bürgerentscheid gegen die Abgabe der Trägerschaft bei der Kindertagesstätte „Löwenzahn“ abgegeben. Auf den Unterschriftenlisten haben 1269 Personen unterschrieben. Ein Bürgerbegehren muss von mindestens 10 % der Gemeindeglieder unterschrieben sein. Notwendig sind also 746 Unterschriften.

Es dürfen nur Wahlberechtigte unterschreiben (d.h. über 18 Jahre und mit dem Schwerpunkt der Lebensbeziehungen seit mindestens drei Monaten in der Stadt Töging a. Inn). Ausländische Unionsbürger/innen können auch unterschreiben.

Die Unterschriftenlisten müssen nun von der Verwaltung geprüft werden. Ungültige Eintragungen werden gestrichen. Unverzüglich, d.h. in der Regel in der nächsten Sitzung (dies wäre der 19.02.2015), muss der Stadtrat über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheiden. Bis zu diesem Zulässigkeitsbeschluss können Unterschriften nachgereicht werden. Gegen die Entscheidung können die vertretungsberechtigten Personen des Bürgerbegehrens ohne Vorverfahren Klage erheben.

Ist die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt, darf bis zur Durchführung des Bürgerentscheids eine dem Begehren entgegenstehende Entscheidung des Stadtrates nicht mehr getroffen oder mit dem Vollzug einer derartigen Entscheidung nicht mehr begonnen werden, es sei denn, zu diesem Zeitpunkt haben rechtliche Verpflichtungen hierzu bestanden.

Der Bürgerentscheid wird von der Stadt spätestens drei Monate nach der Zulässigkeitsentscheidung an einem Sonntag durchgeführt. Briefwahl ist möglich. Es entscheidet nicht allein die Mehrheit der abgegebenen Stimmen (wie bei anderen Wahlen), sondern diese Mehrheit muss in Städten bis zu 50.000 Einwohnern 20 % der Wahlberechtigten betragen.

Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Beschlusses des Stadtrates.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen diese Ausführungen zur Kenntnis.